Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 2765

Bericht

des Ausschusses für Verkehrswesen (27. Ausschuß)

über den Antrag der Abgeordneten Dr. von Brentano und Genossen
- Nr. 2528 der Drucksachen -

betr. Bau einer Autobahnauffahrt bei Viernheim/Hessen.

Berichterstatter:
Abgeordneter Walter

Der Antrag - Nr. 2528 der Drucksachen - wurde in der 164. Plenarsitzung des Deutschen Bundestages am 26. September 1951 an den Ausschuß für Verkehrswesen zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

Mit Schreiben vom 25. September 1951 (StB4 - A - Isez - 385/824/51) legte der Herr Bundesminister für Verkehr die vom Ausschuß vom Verkehrswesen gewünschte Stellungnahme vor.

Die an der Kreuzung der Autobahn Frankfurt (Main) - Mannheim mit der Bundesstraße 38 (Mannheim-Weinheim) bereits vorhandene Anschlußstelle „Viernheim/Mannheim-Nordost" ist nur etwa 2 km von der Ortsmitte der Stadt Viernheim entfernt. Der Neubau einer weiteren, unmittelbar benachbarten Anschlußstelle nördlich davon würde für den Verkehr von Viernheim - und zwar nur in Richtung Frankfurt (Main) - eine Einsparung von etwa 1 km Weg bedeuten. Die beantragte Anschlußstelle könnte auf Grund der örtlichen Gegebenheiten nur auf einem Platz errichtet werden, der etwa 1,5 km von der bereits bestehenden Anlage entfernt ist.

Eine so dichte Aufeinanderfolge erscheint im Hinblick auf die sonst an den Autobahnen eingehaltenen Abstände baulich und finanziell nicht vertretbar.

Der Bau einer Autobahnauffahrt bei Viernheim (Hessen) würde in einfachem Ausbau einen Kostenaufwand von etwa 500 000 DM verursachen, in denen die Aufwendungen für die Zufahrtsstraße noch nicht enthalten sind.

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 36
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1

Vor allem spricht gegen die Ausführung einer solchen zur Zeit noch nicht vordringlichen Neuanlage die Tatsache, daß heute noch für die Beseitigung von Kriegsschäden an Straßen und Brücken etwa 500 Millionen DM benötigt werden, wovon jährlich nur etwa 30 Millionen DM aufgebracht werden können.

Das Ergebnis einer eingehenden Beratung im Ausschuß für Verkehrswesen führte zu folgendem

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag - Nr. 2528 der Drucksachen - der Bundesregierung als Material zu überweisen.

Bonn, den 26. Oktober 1951

Der Ausschuß für Verkehrswesen

Rademacher Vorsitzender

Walter Berichterstatter